

C) Fragestunde

Bürgermeister Mag. Nagl:

Wir kommen jetzt schon zur Fragestunde. Auf unserer Gemeinderatssaal-Uhr ist es jetzt 12 Uhr und 25 Minuten.

C.1) Naturerlebnispark Andritz

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich darf nun die erste Gemeinderätin ans Rednerpult bitten. Es geht um den Naturerlebnispark in Andritz. Und die Frage wird von Frau Mag.^a Marak-Fischer an Herrn Stadtrat Riegler gestellt.

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Geschätzte Mitglieder des Stadtsenats! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! Der Naturerlebnispark Andritz war bis vor eineinhalb Jahren ein größeres Gebiet in Andritz, das für Kinder und Jugendliche, aber auch für die Bevölkerung, auf sehr schöne und vor allem naturbelassene Art und Weise Natur näher brachte. Einerseits über Schautafeln, andererseits aber auch über seltene Pflanzen, die hier wachsen durften, ohne gemäht zu werden und ohne Eingriffe erleben zu müssen. Über Wildbienen wurde den Kindern auch gezeigt, wie Bienenvölker funktionieren. Dieser Naturerlebnispark ist vor allem von Schulklassen natürlich sehr stark genutzt worden, aber auch von der Bevölkerung und vor eineinhalb Jahren, also Ende 2015, ist es leider zur Auflösung des Vertrages gekommen, weil die Eigentümerin der Liegenschaft den Vertrag vorzeitig aufgelöst hat. Seitdem wurden Gespräche immer wieder auch angekündigt und in Aussicht gestellt, dass die Stadt Graz sich bemüht, zu einer weiteren Lösung auch zu kommen.

Der Naturerlebnispark in der Form besteht derzeit nicht. Das Gelände, man kann sagen, verkommt. Die Holzbänke und Holzkonstruktionen vermorschen langsam, sind teilweise auch gesperrt. Auf der Wiese gibt es natürlich keine Schautafeln und Bienenstöcke mehr.

Vielmehr ist es sowas wie eine inoffizielle Hundewiese und das Schulbiologiezentrum als Betreiber, das auch die Pflege und Erhaltung dieses Bereiches gemacht hat, ist abgewandert und ist nun angesiedelt in einem Teil des Stadtparks, wobei der Stadtpark natürlich keinen natürlichen Lebensraum den Kindern und Jugendlichen zeigen kann, sondern natürlich eine Kulturlandschaft in gewisser Weise auch ist. Deswegen möchte ich im Interesse der Bevölkerung Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler fragen:

Wie ist der Stand der Verhandlungen mit den Eigentümern der Riel-Teiche und des Gebietes des ehemaligen Naturerlebnisparks Andritz, damit der Bevölkerung und vor allem den Kindern von Graz dieses einmalige Stück Natur wieder erlebbar und zugänglich gemacht wird?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Bitte um die Antwort.

Stadtrat Dr. Riegler:

Da muss ich gleich bitten, vielleicht für künftige Zusammenarbeit, dass es möglicherweise günstig wäre, wenn man gleich in der Fragestellung, in der schriftlichen Ausfertigung, das etwas ausführlicher machen würde, als es hier jetzt der Fall ist. Denn was ich Ihnen dazu sagen kann, ist eigentlich grundsätzlich etwas Positives, wenn es jetzt aber so ist, dass tatsächlich es so sein sollte, dass dieser Naturerlebnispark verkommt, wie Sie sagen, ist es ein Aspekt, den ich jetzt ehrlich gesagt nicht auf die Schnelle hinterfragen konnte. Was ich berichten kann, ist Folgendes: Dass der Verein für Stadtökologie schon seit vielen Jahren, nämlich namentlich seit 98, ein 5 Hektar großes Areal Naturerlebnispark hat, das auch, was sehr erfreulich ist, von der Stadt Graz subventioniert wird. Die Pacht und die Betriebskosten und ein Teil der Personalkosten für den Verein werden von der Stadt Graz übernommen. Es kam dann irgendwann zu einer Neuregelung.

Jedenfalls wurde tatsächlich ein Vertrag, nämlich jener über die Verpachtung der Räumlichkeiten, tatsächlich Ende 15 gekündigt seitens der Verpächterin. Und die erfreuliche Nachricht ist, dass die Stadt Graz relativ rasch sich darum gekümmert hat, dann gleich Ersatzräumlichkeiten im Bereich des Schloßbergs, in der Paulustorgasse 8 und 19, nämlich angrenzend an den Schloßberg, bereitzustellen. Das heißt, der Verein ist auch weiterhin räumlich und parkplatzmäßig untergebracht und das Naherholungsgebiet selbst, da gibt es aber einen Kündigungsverzicht zu Gunsten der Stadt Graz bis Ende 2027.

Das heißt, auf Basis der mir zugänglichen Informationen ist eigentlich alles eitel Wonne Waschtrog. Das heißt, das Areal des Naherholungsgebietes ist nach wie vor in Verwendung und gesichert. Wenn es jetzt Beobachtungen geben sollte, dass das in Gefahr ist, dann müsste ich mir das noch einmal anschauen und mich schlau machen und ich würde es Ihnen dann bei nächster Gelegenheit beantworten.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Vielen Dank. Ich hoffe, dass Sie das damit in die Wege leiten, denn es sind dort auch Tafeln aufgehängt, dass es eben diese Pflege nicht mehr gibt und Betreten auf eigene Gefahr und Teile sind gesperrt, schlichtweg, also mit Tafeln auch versehen und das Areal ist teilweise gesperrt. Das heißt, aus meiner Sicht ist da wirklich eine Notwendigkeit, vielleicht einmal in die Wege zu leiten, dass man sich um das nochmal kümmert. Mir war nicht klar, dass es noch einen aufrechten Pachtvertrag gibt. Wenn ja, ist das sehr erfreulich und damit sozusagen kann ich nur die Hoffnung auch verbinden, dass es da zu einer Verbesserung der Situation wieder kommen kann. Danke. *(Applaus)*

Stadtrat Dr. Riegler:

Ja, danke vielmals. Es waren intensive Verhandlungen, der Pachtvertrag ist aufrecht und von der Holding ist die Pflege übernommen worden, das heißt, wir müssen beim Herrn Nigitz nachfragen, wenn irgendwelche Dinge dort nicht in Ordnung sein sollten.

Zwischenruf Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Aber das heißt, das Schulbiologiezentrum ist abgewandert?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Das ist nicht in diesem Gebäude mehr. Die Pflege erfolgt wie bisher durch die Holding, aber da müssen wir nachschauen, was los ist. Aber das Gebäude selbst ist uns jetzt nicht mehr angeboten worden, vielleicht kommt es aber auch wieder. Müssten wir einmal dann wieder mit der Familie sprechen.

C.2) Sicherheit für unsere schwächsten Verkehrsteilnehmer

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gemeinderat Stefan Haberler fragt Frau Stadträtin Elke Kahr betreffend Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmer.

Gemeinderat Haberler, MBA, Dipl.-Betriebswirt:

Danke, Herr Bürgermeister! Geschätzte Stadträte! Liebe Gemeinderäte und Zuhörer! Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr!

Fahrradunfall auf dem Gehweg – Alleinhaftung des Radfahrers, so ist es in der Zeitung gestanden.

Was haben Fußgänger davon, dass sie nach einem Verkehrsunfall mit einem Fahrradfahrer zwar unschuldig sind, auf dem Gehsteig, aber mitunter schwer verletzt am Bürgersteig liegen und der Radfahrer vielleicht auch noch Fahrerflucht begeht und das Weite sucht?

Wir haben in Graz täglich zahlreiche ähnliche Situationen, in welchen es auf Gehwegen ziemlich brenzlig zugeht. Man muss quasi wie ein Storch den Kopf aus der Tür raushalten, wenn man auf den Gehsteig geht, und links und rechts zu schauen, dass man nicht von einem Radfahrer über den Haufen geschoben wird. Und als junger Familienvater denkt man sich dann, eigentlich gehört da eine Lösung her, nicht? Und ganz speziell sind eben die kleinsten Mitbürger betroffen, die noch schwerer und leichter zu übersehen sind.

Und deshalb stelle ich die Frage an Sie, Frau Stadträtin: „**Was planen Sie konkret, damit die Gehsteige wieder frei von Radfahrern werden und dadurch ein sicheres Benützen der Gehsteige für alle Fußgänger wieder möglich ist?**“ (Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Stadträtin, bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Ja, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Gemeinderat! Den Befund, den kann ich durchaus teilen, weil ich ja selbst seit vielen Jahren in Graz unterwegs bin und auch genau auf das hinhöre und schaue, wie auch im Mobilitätsverhalten sich die Situation in Graz entwickelt und das, was Sie vollkommen zu Recht ansprechen, dass hier einfach viel Unbedachtsamkeit, ob bewusst oder unbewusst, erfolgt durch FahrradfahrerInnen auf Gehsteigen, ist ein großes Problem, wenn es vor allem um FußgängerInnen geht.

Weil die sind tatsächlich am ungeschütztesten, das Gleiche erleben wir umgekehrt natürlich aber auch bei Autofahrern gegenüber Radfahrern, also die Respektlosigkeit, also eigentlich das nicht behutsame Umgehen in der Mobilität, das ist generell ein Problem und insbesondere, wenn es FußgängerInnen betrifft, ein besonderes.

Also da stimme ich Ihnen vollkommen zu und deshalb ist es mir auch wichtig, und das habe ich auch mit meinem zuständigen Amt so besprochen, dass wir, und da muss man natürlich auch ehrlich sein, da hast eine Handhabe vor allem oder der Handlungsspielraum bewegt sich vor allem in der Bewusstseinsarbeit und da gilt es, verstärkt Maßnahmen zu setzen, sei es jetzt in der Zusammenarbeit mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit, sei es durch die Exekutive selbst und auch Radfahrlobbys, dass man sie sozusagen, auch was ihre KundInnen betrifft, verstärkt darauf aufmerksam macht, das Verhalten als Fahrradfahrerin oder Fahrradfahrer dementsprechend zu ändern.

Das heißt, wir haben ganz konkrete Maßnahmen in diesem Jahr noch gesetzt, um hier eine Verbesserung zu erreichen. Zur Information möchte ich Ihnen vielleicht nur sagen, weil das nicht unwichtig ist, jeder Einzelne, der irgendwie da in Bedrängnis kommt oder gar verletzt wird, ist zu viel. Aber erfreulich ist doch, dass zumindest die Unfälle für FußgängerInnen im Zusammenhang mit FahrradfahrerInnen von 2015 auf 2016 zurückgegangen sind und zwar von 9,2 % auf 7,9. Das ist vielleicht nur zur Information für Sie auch wichtig. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat Haberler, MBA, Dipl.-Betriebswirt:

Ja, danke für die Antwort. Ich spüre, dass Sie auch sensibel dafür sind. Aber ich habe Sie gefragt nach welchen Maßnahmen und ich habe jetzt keine Antwort gekriegt. Mir geht es eigentlich darum, welche Maßnahmen sind jetzt angedacht und vor allem welchen zeitlichen Zeitraum? Ob Sie sich das zutrauen zu sagen, machen wir das im Winter und ist den ganzen Sommer über noch Gefahr oder sind wir jetzt in einer Zeit, und sagen, jetzt ist eigentlich die High-life-Zeit, jetzt schauen wir, dass wir das so schnell als möglich umsetzen? Genau deswegen, damit die Unfälle zurückgehen, noch weiter.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Stadträtin.

Stadträtin Kahr:

Habe ich Ihnen auch schon gesagt, der Auftrag ist, in Zusammenarbeit mit der Exekutive verstärkte Kontrollen durchzuführen und mit der Verkehrsplanung Kampagnen zur Bewusstseinsbildung zu starten. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Jetzt darf ich den Vorsitz übergeben.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich übernehme den Vorsitz und darf Frau Gemeinderätin Braunersreuther herausbitten.

C.3) Naturschutzbeirat

Gemeinderätin DIⁱⁿ Christine Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, ZuhörerInnen und sehr geehrter Herr Bürgermeister, an den ich diese Frage richten möchte! Es geht um den Grazer Naturschutzbeirat, der in der Vergangenheit bereits ein wichtiges und äußerst fachkundiges Instrument in der Diskussion umweltpolitisch relevanter Fragestellungen die Stadt Graz betreffend war.

Leider wurde dieses Gremium in der Vergangenheit, aber das lag in der Natur seiner Definition, nicht im Vorhinein zu Projekten befragt, sondern das musste oft zum Leidwesen aller Beteiligten, also auch der der Stadt Graz, umweltpolitisch ungünstige Projekte erst hinterher kritisieren und konnte sie jedoch nicht durch Vorschläge zur Verbesserung bringen.

Das hat dazu geführt, dass oft gesagt wurde, der Naturschutzbeirat, das sind ja nur die, die über alles motzen, lag aber eben auch, also es war nicht anders zu machen, weil wenn man vorher nichts darüber erfährt, kann man natürlich auch keine Verbesserungsvorschläge bringen.

Deswegen wurde nun ein Vorschlag für ein neues Gremium vorgelegt, war ja auch schon bei Ihnen, Herr Bürgermeister, das in umweltpolitischen Fragestellungen beratend tätig sein soll. Der dann in „Grazer Natur-, Klima- und Umweltschutzbeirat“ umbenannte Beirat unter Federführung der Umweltschutzbehörde soll ExpertInnen verschiedenster Fachrichtungen und politische VertreterInnen vereinen, die nach der Arhus-Konvention arbeiten und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land forcieren.

So soll etwa bei Bauvorhaben frühzeitig informiert werden, um sie auf die Einhaltung der bestehenden freiraumplanerischen Standards zu überprüfen, usw. In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Frage: **Wie ist der zeitliche Rahmen bzw. was werden die nächsten Schritte bei der Umsetzung eines neuen, strukturverbesserten Naturschutzbeirates als „Grazer Natur-, Klima- und Umweltschutzbeirat“ sein?**

(Applaus)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Die Frage 11) von Frau Gemeinderätin Ussner beschäftigt sich auch mit diesem Thema Strukturreform Naturschutzbeirat. Ich schlage vor, dass wir diese Frage auch jetzt stellen lassen. Gibt es hier Einwände? Das ist nicht der Fall. Frau Gemeinderätin bitte.

C.4) Strukturreform Naturschutzbeirat

Gemeinderätin Tamara Ussner:

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrter Stadtsenat! Lieber Herr Bürgermeister! Meine Kollegin hat eh schon einiges ausgeführt. Bereits in der letzten Gemeinderatssitzung der vergangenen Periode, am 20. Oktober 2016, hat Gemeinderätin Andrea Pavlovec-Meixner Ihnen eine ähnliche Frage gestellt. Eben, wie es mit dem Naturschutzbeirat weitergehen würde. Zu diesem Zeitpunkt damals hat die letzte Sitzung davor unter Ihrer Vorsitzführung am 01. März 2016 stattgefunden und es sollte eben in der Zwischenzeit an einer Reform des Naturschutzbeirats gearbeitet werden.

Derzeit heißt es eben auf der Website der Stadt Graz weiterhin: Aufgrund der vielfältigen Aufgabenbereiche im Natur- und Klima- und Umweltschutz arbeiten die NGOs nunmehr an einer Strukturverbesserung für den Grazer Natur-, Klima- und Umweltschutzbeirat. Also der Naturschutzbeirat ist ein wichtiger Teil in der fachlichen Beratung der Stadtregierungsmitglieder in allen Fragen, die eben mit Naturschutz, Klimaschutz und Grünraum zu tun haben und deswegen sollte er so bald wie möglich wieder seine Arbeit aufnehmen können. Deshalb eben meine Frage:

Wie weit ist der Reform-Prozess des Naturschutzbeirats fortgeschritten bzw. wann wird die erste Sitzung in der neuen Struktur stattfinden? (Applaus)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Herr Bürgermeister bitte um die Beantwortung.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, meine geschätzten Frau Gemeinderätinnen, danke für die Gelegenheit, über etwas wieder zu diskutieren, was wir eben erst, wie Sie es gesagt haben jetzt, Frau Gemeinderätin Ussner, am 22.10. durch Frau Pavlovec-Meixner hier schon im Gemeinderat hatten. Der Frau Kollegin Gemeinderätin DIⁱⁿ Christine Braunersreuther möchte ich vielleicht gleich zu Beginn sagen, hätte die KPÖ nicht Neuwahlen provoziert und wir diese Neuwahlen mit der gesamten Aufstellung neu wieder gebraucht werden, wären wir wahrscheinlich in dem Punkt schon weiter gekommen. Ich möchte auch dazu sagen, dass ich jetzt das 20. Jahr mit diesem Naturschutzbeirat intensiv zusammenarbeiten darf, wie wahrscheinlich sonst niemand hier im Hause, da es ja in den letzten 20 Jahren kaum politische Mandatäre der Fraktionen gegeben hat, die wirklich regelmäßig außer mir an diesen Sitzungen teilgenommen hätten, vor allem meine ich hier Stadtsenatsmitglieder.

Ein paar Gemeinderatsmitglieder, die ich auch einzeln nennen könnte, sind davon ausgenommen, wie die Frau Pavlovec-Meixner, wie der Georg Topf und ein paar andere, die wirklich fleißig gekommen sind. Diese beiden Herrschaften können Ihnen aber wahrscheinlich auch berichten, dass wir mit diesem Naturschutzbeirat einiges zustande gebracht haben, dass es aber zum Teil Sitzungen waren, die in letzter Zeit sogar eskaliert sind aufgrund von Umgangsformen, aufgrund von Beschuldigungen, aufgrund von Expertisen, selbst erbrachten Expertisen der Beiratsmitglieder, die auch unsere Beamtschaft, wenn ich so sagen darf, in einem Licht dastehen haben lassen, wie man das eigentlich gar nicht zulassen darf. Es sind dann einige Mitglieder des Naturschutzbeirates mit dieser Idee gekommen, den jetzt künftig aufzuteilen in die Plattform und in den Beirat, haben dort allerdings auch hineinformuliert, dass sie dafür auch ein Entgelt wollen oder bezahlt bekommen wollen und das haben wir sehr, sehr deutlich abgelehnt.

Ganz konkret werde ich jetzt daran arbeiten, wir haben uns auch im Rahmen der Regierungsgespräche und der Koalitionsgespräche darauf verstanden, dass dieser Beirat und nicht nur dieser, sondern auch einige andere Beiräte, auch total neu aufzustellen sind und zu überarbeiten sind. Dazu bin ich aber, und das werden Sie auch verstehen, weil wir jetzt gerade auch mit dem Budget sehr beschäftigt sind, werden wir noch eine Zeit lang brauchen, und ich gehe davon aus, dass dieser Beirat danach gänzlich anders gestaltet sein wird als das, was wir bisher hatten. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Gibt es Zusatzfragen?

Gemeinderätin DIⁱⁿ Christine Braunersreuther:

Ja, vielen Dank für die erste Antwort. Ich gehe jetzt einmal gar nicht weiter darauf ein auf die Gründe. Es war allerdings meine Frage, deswegen will ich da nachhaken, noch nicht beantwortet, denn meine Frage war ja, wie ist der zeitliche Rahmen, also wann wird das passieren und vor allen Dingen, wenn Sie jetzt sagen, das wird gänzlich neu formiert, gänzlich neu aufgestellt, wie weit werden da die Inhalte aus diesem Konzept, das Ihnen ja bereits vorliegt, berücksichtigt?

Dass es kein Geld geben wird, was ja Teil dieses Konzeptes war, ist mir jetzt gesagt worden, das ist aber auch den InitiatorInnen bewusst. Das war ja auch schon so abgesprochen und ist ja von denen auch nicht Bedingung. Aber deswegen trotzdem die Frage, wie wird das inhaltlich aussehen und welchen zeitlichen Rahmen setzen Sie? *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich bitte um die Beantwortung.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zu 1.: War es bislang Bedingung.

2.: Ich war ja beim letzten Termin verhindert, terminlich. Deswegen hat die Frau Stadträtin Elke Kahr damals auch die Sitzung geleitet. Vielleicht kann sie dann auch gleich beantworten, vielleicht auch fraktionsintern, ob sie einen Folgetermin vereinbart hat. Wenn nicht, müssen wir dann wieder einen vereinbaren und darüber hinaus gibt es noch keinen Entwurf. Aber der wird selbstverständlich den jeweiligen Organen, sowohl Stadtsenat als auch Gemeinderat, dann vorgelegt werden, wenn wir ihn ausgearbeitet haben, aber dazu sind wir weder fachlich noch politisch jetzt gekommen. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Frau Gemeinderätin Ussner, noch eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Tamara Ussner:

Hat sich erledigt mit der Frage. Es wäre gewesen, welche konkreten Erfolge bis jetzt? Weil dieser Reformprozess dauert ja jetzt schon relativ lange, also über ein halbes Jahr und ob es da irgendwelche konkreten Erfolge schon zu berichten gibt?

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Beantwortung bitte.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Eben nicht. Es ist dieser Vorschlag an uns gerichtet worden, hat dann wieder Gelder vorgesehen. Wir haben das bei keinem einzigen anderen Beirat und wir können darüber nachdenken, das wollen wir auch tun, weil die Art und Weise, wie wir jetzt zusammengearbeitet haben, war einfach nicht mehr produktiv. Das hat vielleicht auch mit den intensiven Auseinandersetzungen rund um das Murkraftwerk letzten Endes zu tun. Ich war dort seit Jahren ganz, ganz offen und ehrlich im Umgang. Ich habe mich immer für dieses Murkraftwerk ausgesprochen, weil es zwischendurch auch irgendjemand anders verbreitet hat.

Das hat auch immer den Wirbel dort dadurch gegeben, ich war, wenn ich so sagen darf, der einzige Reibebaum. Obwohl es gar kein städtisches Projekt war, habe mich dieser Diskussion gestellt, habe dort auch immer darum gebeten, dass die Expertisen, die Sorgen, die Ängste, die da sind, auch eingebracht werden und wir bestmöglich versuchen werden, mit dem Investor, mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Vorsorge zu treffen, dass das, was sie alles befürchten, nicht eintritt oder Verbesserungen durchgeführt werden.

Aber es ist, wenn ich so sagen darf, immer schlimmer geworden, und das ist nicht produktiv. Und deswegen wird es, wie gesagt, einen neuen Ansatz geben. Ich kann Ihnen aber im Moment noch nicht genau sagen, wie der ausschauen wird und auch vom Zeitablauf wird es ein bisschen dauern. Wir sind jetzt dann noch einmal in diesem Monat sehr intensiv gebunden mit den Budgetverhandlungen. In der Sommerpause werden mir wahrscheinlich auch ein paar fehlen, die ich dazu brauche. Aber im Herbst werden wir dann sicher weiterdiskutieren.
(Applaus)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke für die Beantwortung. Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und darf Gemeinderätin Mag.^a Astrid Schleicher bitten, ihre Frage an Herrn Robert Krotzer, unseren Herrn Stadtrat für den Gesundheitsbereich, zu stellen.

C.5) Gesundheitsamt – elektronisches Meldesystem

Gemeinderätin Mag.^a Schleicher:

Vielen Dank. Hoher Gemeinderat! Sehr geehrte Zuhörer! Sehr geehrter Herr Stadtrat Krotzer! Meine Anfrage betrifft das elektronische Meldesystem der Stadt Graz.

In steirischen Asylquartieren kommt es immer wieder zu meldepflichtigen Infektionskrankheiten, wie z.B. die Hepatitis A und vieles mehr. Trotzdem sind viele Asylwerber nicht geimpft, weil es in Österreich keine Impfpflicht gibt. Das heißt, wir haben auf der einen Seite Impfeempfehlungen, auf der anderen Seite z.B. die Schulpflicht. Diese Situation birgt natürlich ein gewisses Gefahrenpotential. Im Land haben deshalb meine freiheitlichen Kollegen Anfragen zu den zuständigen Landesräten gestellt, welche Infektions- und wie viele Infektionskrankheiten aufgetreten sind. Demnach seien seit 2015 in Bruck, Mürzzuschlag und in Deutschlandsberg beispielsweise sieben aufgetreten. In Leoben 13 und so weiter.

Aber in vier steirischen Bezirken konnten überhaupt keine Zahlen bekannt gegeben werden, und darunter fällt auch die Stadt Graz. Das heißt, aus der Landeshauptstadt, die sicher am meisten Asylwerber beherbergt, sind keine Zahlen zu bekommen. Als Erklärung hierzu wurde vom zuständigen Landesrat festgehalten, dass die diesbezüglichen elektronischen Meldesysteme der einzelnen Bezirke keine Differenzierung zwischen Asylwerbern und anderen Personen vorsehen und daher die gewünschten Zahlen aus den Bezirken nicht bekanntgegeben werden konnten. Die Antwort lässt also darauf schließen, dass in den steirischen Bezirken unterschiedliche Meldesysteme zur Anwendung kommen. Daher meine Frage an Sie, sehr geehrter Stadtrat: **Was sind die Gründe dafür, dass das erwähnte elektronische Meldesystem, das in der Stadt Graz zur Anwendung kommt, keine entsprechenden Zahlen an das Land weitergeben kann?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat bitte.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Ja, sehr geehrte Frau Gemeinderätin Mag.^a Astrid Schleicher! Ich darf Ihre Frage dahingehend beantworten, darf mich an der Stelle auch bei der Abteilungsleiterin Frau Dr. Winter bedanken für die ausführliche Information, die ich Ihnen hier zur Verfügung stellen darf. Also das elektronische Meldesystem ist eben 2008/2009 eingeführt worden, um meldepflichtige Erkrankungen zu erfassen. Allerdings auf lokaler Ebene ist die Datenerfassung nicht gesetzlich reglementiert, gestaltet sich dementsprechend, wie auch aus der Anfragebeantwortung im Land zu ersehen und den einzelnen Bezirken, unterschiedlich. Die Aufgabe des Gesundheitsdienstes ist es eben, die Weiterverbreitung von meldepflichtigen Erkrankungen zu verhindern, und dazu gibt es eben dieses elektronische Meldesystem.

Dort werden erhoben die Daten zur Person, die Meldeadresse, das Geburtsdatum und die Staatsbürgerschaft, der behandelnde Arzt oder die Krankenanstalt sowie medizinisch relevante Daten wie Erkrankungs- und Diagnosedatum, die Infektionsquelle, der Krankheitsverlauf oder auch Impfungen sowie Laborbefunde und Maßnahmen, die von der Gesundheitsbehörde gesetzt werden.

Dazu gehört auch das Umfeld des Patienten, von der Wohnsituation über Arbeitsplatz und andere Kontakte sowie auch die Frage, ob die Infektion im Ausland erworben worden ist. Aus medizinischer Sicht spielt es allerdings keine Rolle, ob der betreffende Patient/die Patientin Asylwerberin/Asylwerber ist oder nicht. Deswegen wird das auch nicht gesondert erfasst. Es ist außerdem keine Meldestruktur vorgesehen, die dem Gesundheitsamt einen Überblick gibt über den Asylstatus einer Person oder auch über die Grazer Asylquartiere.

Eine händische Auswertung ist aufgrund der weit über 1.000 Erkrankungen insgesamt pro Jahr unter eben nicht systematisch erfassten Asylanten nicht zielführend. Außerdem gibt es eben natürlich auch die Frage, ob sich seit dem Zeitraum der Erkrankung der Asylstatus geändert hat oder die Verlegung in ein anderes Quartier ergeben hat. Das darf ich Ihnen so zur Beantwortung geben. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Zusatzfrage.

Gemeinderätin Mag.^a Schleicher:

Ja, vielen Dank für die ausführliche Antwort. Das heißt, es gibt 1.000 Erkrankungen. Es gibt keine Möglichkeit, da herauszufinden, ob in Asylheimen Erkrankungen waren. Zusammenfassen darf man, wir haben Impfempfehlungen, wir haben Schulpflicht, das heißt, mehr oder weniger ist es Glück und Zufall, wenn es zu keinen Erkrankungen kommt.

Sind Sie als Gesundheitsstadtrat auch der Meinung, dass es da Änderungen geben muss, und sind Sie bereit, Verbesserungen in Zukunft vorzunehmen? *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Frau Gemeinderätin, wie ausgeführt, wird eben die Information zur Wohnsituation, zu Arbeitsplatz, zur Familie und anderen Kontakten seitens des Patienten erfasst und wie gesagt, der Asylstatus in dem Fall spielt keine Rolle. Falls das aus Gründen der Gesundheit der Grazer Bevölkerung notwendig ist, wird man sich das ansehen müssen.

Wenn es nur darum geht, gewissermaßen Wahlkampfmunition zu liefern, denke ich, dass die Beamtenschaft ihre Ressourcen besser verwenden kann. Dankeschön. *(Applaus)*

C.6) Hundefreilaufzonen

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin Andrea Pavlovec-Meixner fragt Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio.

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter! Liebe Gäste auf der Galerie! In meiner Frage geht es um das Thema Hundefreilaufzonen, das diesen Gemeinderat ja schon seit dem Jahr 2013 beschäftigt. Damals habe ich einen dringlichen Antrag zum Thema artgerechte Hundehaltung in der Stadt eingebracht, der sich zum ersten Mal mit begrenzten Freilaufflächen für Hunde und einer entsprechenden Abänderung des Landes-Sicherheitsgesetzes beschäftigt hat.

Im September 2014 hat dann die Kollegin Schleicher ebenfalls einen dringlichen Antrag eingebracht, der von uns unterstützt wurde, wo es um das Thema eines Runden Tisches gegangen ist, der dann auch tatsächlich im Frühjahr 2015 stattgefunden hat unter Einbindung von ExpertInnen sowie MitarbeiterInnen von Stadt und Land Steiermark.

Die Initiative Graz.Mensch.Hund hat über 1.000 Unterschriften gesammelt und die auch dem Land Steiermark übergeben, hat auch nie eine Reaktion bekommen. Ich habe selber ein paar Mal nachgefragt beim Land, bei den zuständigen Stellen, Tierschutzombudsfrau bzw. den damaligen Chef, der für das Landes-Sicherheitsgesetz zuständig war und es ist einfach, man muss fast sagen, blockiert worden. Umso mehr habe ich mich jetzt gefreut, dass ich in der Agenda 22 folgenden Passus gefunden habe, folgendes Programm: Um Hundebesitzern in Graz eine bessere Möglichkeit zu bieten, Hunden ihren natürlichen Bewegungsdrang ausleben zu lassen, wollen wir, unter Rücksichtnahme auf die Interessen aller Nutzergruppen einen rechtlich gedeckten Rahmen für die Einführung von Hundefreilaufzonen schaffen.

Ich glaube, dafür ist es auch höchste Zeit und deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, seitens der Grünen folgende Frage: **Welche konkreten Maßnahmen werden Sie als zuständiger Stadtsenatsreferent für Tierschutzangelegenheiten bis wann setzen, um beim Land Steiermark eine Abänderung des Landessicherheitsgesetzes dahingehend zu erwirken, dass die vom Grazer Gemeinderat beschlossene Einführung von Hundefreilaufzonen in Angriff genommen werden kann?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Vielen Dank. Bitte um die Antwort, Herr Vizebürgermeister.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ja, Frau Gemeinderätin, sozusagen ein gemeinsames Thema. Das haben wir ja nicht so oft, aber in diesem Fall haben wir es ja. Sie haben schon die Frau Kollegin Schleicher auch erwähnt, wir stehen natürlich nach wie vor dazu, dass das ein wichtiges Thema ist. Sie haben schon erwähnt, das hat ja auch Niederschlag gefunden in der Agenda 22. Daher auch die Garantie, dass wir hier dranbleiben.

Aber konkret zur Abwicklung und zum Ablauf. Wie Sie sicher wissen, wurde die von Ihnen angesprochene Petition bzgl. Abänderung des Landes-Sicherheitsgesetzes zur Schaffung von Hundefreilaufzonen bereits Ende 2015 im Amt der Steiermärkischen Landesregierung eingebracht. Und auch dort behandelt.

Weitere Schritte zur Abänderung des Landes-Sicherheitsgesetzes fallen somit ausschließlich in die Kompetenz des Landes Steiermark. Eine Stellungnahme von Seiten des Büros des Landeshauptmannes ist bis dato noch ausständig. Wir haben bis jetzt, wir haben noch einmal nachgehakt, noch nichts bekommen, werden selbstverständlich dranbleiben. Sie können sich vorstellen, dass wir in den letzten zwei Monaten die Themenstellungen anderer Prioritäten geben mussten, inklusive der, dass wir das Budget zusammenbringen. Aber seien Sie versichert, dass wir dranbleiben werden.

Es ist ja vor allem auch ein Thema, das den Grünraum anbelangt und so ist der Herr Bürgermeister und ich in einem Boot, dass wir da was weiterbringen. Einen genauen Zeitraum können wir Ihnen nicht sagen. Den Einfluss auf das Land haben wir leider nicht, dass wir hier Gesetze verändern können. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Ja, es gibt eine Zusatzfrage. Und die lautet: Haben Sie sich schon Gedanken gemacht, wo Flächen für Freilaufzonen eingerichtet werden könnten?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Bürgermeister-Stellvertreter, bitte.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Das habe ich mir, wäre aber vermessen, das vorzugeben, weil das wäre das Ressort Grünraum und das ist das Ressort vom Herrn Bürgermeister und ich bin überzeugt, dass die Damen und Herren, die dort tätig sind, schon genau wissen, wo die Möglichkeiten bestehen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich freue mich schon auf die nächste Fragestunde *(lacht)*.

C.7) Reservierte Parkplätze für Car-Sharing

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gut, jetzt darf ich Frau, nein, Herrn Gemeinderat Mag. Ewald Muhr bitten, seine Frage betreffend Parkplätze für Car-Sharing an Frau Stadträtin Kahr zu stellen.

Gemeinderat Mag. (FH) Muhr, MSc:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Elke! Die Verkehrsproblematik in Graz fordert uns natürlich alle und das liegt natürlich auch an der Tatsache, dass Graz eine wachsende Stadt ist und durch das Wachsen von Graz wächst natürlich auch überdimensional der Verkehr. Wir brauchen natürlich gut überlegte Zukunftsstrategien, um mit entsprechend Ressourcen dem Ganzen entgegenzuwirken.

Weil ein ganz großes Ziel ist es in der Grazer Mobilitätsstrategie, den motorisierten Individualverkehr von derzeit, glaube ich, 47 auf 37 % zu senken und angesichts des Umstandes, dass eben Graz wächst, ist es ein sehr ambitioniertes Ziel und das kann man eigentlich nur mit einem Mix von vielen effizienten Teilprojekten, wie z.B. den Ausbau von Straßenbahnnetzen, sinnvollen Park-&-Ride-Standorten und auch von Car-Sharing erreichen.

Das Thema Car-Sharing ist ja der Stadt Graz nicht neu, wir betreiben ja schon seit dem Herbst 2016 einen Team-Standort am Hasnerplatz und es wird jetzt auch in weiterer Folge das öffentliche Angebot ja erweitert um weitere Standorte. Daneben gibt es ja auch noch vier Standorte im öffentlichen Gut, die durch Dritte betrieben werden, und zwar am Andreas-Hofer-Platz, Lendplatz, Eisernen Tor und in der Kalchberggasse, also relativ zentrumsnahe, wo es im Grunde eigentlich auch ein gut funktionierendes öffentliches Netz gibt und ein dichtes Netz gibt.

Jetzt gibt es aber auch in anderen Städten wie z.B. Wien auch sehr gut funktionierende Car-Sharing-Modelle, wobei die überwiegend durch Angebote von Dritten betrieben werden, sogenannte Free-Floating-Systeme. Die funktionieren sehr effektiv und auch effizient, dafür muss aber die Stadt Wien im öffentlichen Raum also Parkplätze bereitstellen.

Diese Parkplätze sind oft nur für ein Auto reserviert, gesondert markiert und gekennzeichnet und man kann in diesem System das Auto an diesen Parkplätzen abholen und auch an irgendeinem anderen wieder abstellen. Solche Parkplätze haben auch den Vorteil, dass das Car-Sharing über das Stadtnetz sichtbar wird und vielleicht auch interessanter wird für potentielle Interessenten. Und darum stelle ich jetzt an dich die Frage:

Bist du bereit, die Umsetzungsmöglichkeiten eines derartigen Car-Sharing-Modells für Graz prüfen zu lassen und gegebenenfalls das bestehende Car-Sharing-Modell durch dieses System zu erweitern?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Ja, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Ewald! Wir haben gestern schon ein bisschen im Verkehrsausschuss darüber geredet und du hast es schon angesprochen, der Standort am Hasnerplatz mit dem tim wird auch zu meiner Überraschung durchaus gar nicht so schlecht angenommen. Wir haben jetzt über die Holding weitere Standorte eben angedacht.

Das ist auch heute im Gemeinderat zur Beschlusslage. Es ist gestern auch von der Frau Just-Moczygemba aus der Holding auch erklärt worden, warum sie sozusagen mit dieser standortgebundenen Überlegung sozusagen aufgrund einer Studie in Graz das fürs Erste als geeigneter halten.

Wir haben aber selber bei uns auch in unserem Büro und auch mit unserem Amt durchaus auch überlegt, dass wir da durchaus, weil auch einige Maßnahmen am Standort Hasnerplatz aus meiner Sicht auch noch verbesserungswürdig sind, und gerne werden wir auch prüfen lassen diese Umsetzungsmöglichkeiten, von denen du auch gesprochen hast.

Also da sind wir, was die Überlegungen, was die beste und geeignetste Form ist, noch nicht am Ende, finde ich. Aber als ersten Schritt halte ich das jetzt für wichtig und notwendig, dass man über die Holding heute diese Standorte fixieren und die Prüfung nehmen wir gerne auf.

(Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage?

Gemeinderat Mag. (FH) Muhr, MSc:

Ja, danke für die Beantwortung. Meine Zusatzfrage geht dahingehend: Bist du eigentlich auch bereit, an Dritte, also dritte Anbieter, an private Anbieter, heranzutreten und ihnen eventuell auch das Angebot zu machen, solche Parkplätze in den ersten zwei Jahren gratis zur Verfügung zu stellen und im dritten Jahr dann eine Gebühr zu verlangen, sprich: Hausnummer € 1.500 pro Parkplatz zum Beispiel? Also sozusagen eine gewisse Förderung dieses Systems, um das zu attraktivieren? (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Seriöserweise kann ich dir diese Antwort jetzt noch nicht geben. Das muss man sich durchdenken, das möchte ich auch mit meinen, mit den Mitarbeitern auch besprechen. Das muss man sich gut überlegen. Also ich finde es positiv, dass die Holding sozusagen dieses Angebot versucht auszuweiten, es ist eine Frage dann, was noch..., weil ich habe auch von den KundInnen natürlich gehört, dass Privatanbieter, auch der, der in Graz ist, günstiger ist. Wie zum Beispiel auf der Uni.

Man muss sich das überlegen, was für den Kunden und für die Kundin am geeignetsten ist und das gehört noch abgewogen und diskutiert. Da musst du verzeihen, dass ich in den zwei Monaten das noch nicht alles in der Lage war, auch durchzudiskutieren, aber im Herbst spätestens, denke ich mir, können wir darüber weiterreden. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals.

C.8) Erneuerung Verkehrskonzept Messequadrant

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nächster Fragesteller ist Herr Gemeinderat Markus Schimautz. Er fragt Frau Stadträtin Kahr betreffend Verkehrskonzept Messequadrant.

Gemeinderat DI (FH) Schimautz, MA:

Werter Herr Bürgermeister! Werte Frau Stadträtin Kahr! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Meine Frage bezieht sich rund um den Messequadranten in Jakomini.

Wie wir wissen, sind in diesem Bereich sehr viele Bauprojekte in den letzten Monaten, in den letzten Jahren entstanden und es werden auch noch viele hochwertige Projekte in diesem Umfeld entstehen. Paradoxe Weise ist das Verkehrskonzept genau in diesem Areal aus dem Jahr 2004.

Daher stellt sich für mich, den Bezirksrat Jakomini, die Frage, wann wir hier mit einer Überarbeitung des Verkehrskonzeptes rechnen dürfen.

Bürgermeister Mag. Nagl: Danke, Herr Gemeinderat. Frau Stadträtin Kahr, bitte.

Stadträtin Kahr:

Kann ich ganz konkret beantworten. Im September 2017 möchten wir das vorlegen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderat DI (FH) Schimautz, MA:

Können Sie beantworten, wie Sie zu einem Verkehrsleitsystem in diesem Areal stehen würden?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Stadträtin, bitte um die Antwort.

Stadträtin Kahr:

Durchaus positiv. Es gibt dazu auch in den kommenden Wochen Gespräche, wo ich genau darüber auch mit ExpertInnen darüber sprechen möchte. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals.

C.9) Erhöhung des Kautionsbeitrages

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Gemeinderat Eber fragt Herrn Bürgermeister-Stellvertreter betreffend Erhöhung des Kautionsbeitrages.

Gemeinderat Klubobmann Manfred Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werte Mitglieder des Stadtsenates! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, die Frage richten.

Nicht nur die Mieten steigen ja sehr stark an, wie gerade in den letzten Tagen auch den Medien zu entnehmen war, sondern auch die sogenannten Wohnungseinstiegskosten wie Provision, Kaution, Siedlungskosten, Mietvertragsgebühren etc. bringen es mit sich, dass Grazerrinnen und Grazer in so einem Fall immer wieder in schwierige Situationen gelangen.

2010 wurde in Graz nun der Kautionsfonds eingeführt, das bedeutet, wer die Voraussetzung für eine Gemeindewohnung erfüllt, kann bei Wohnen Graz einen rückzahlbaren Kautionsbeitrag in der Höhe von max. 500 Euro beantragen, der dann direkt an den Vermieter ausbezahlt wird. Der Kautionsfonds wurde geschaffen, um Menschen mit geringem Einkommen bei der Neuanmietung von Wohnungen unter die Arme greifen zu können, eben dann, wenn sie auch am privaten Wohnungsmarkt eine für sie geeignete Wohnung finden.

Vor einigen Monaten wurde von Wohnen Graz der Vorschlag unterbreitet, den Kautionsbeitrag von bisher 500,- auf 1.000,- Euro zu erhöhen. Die Bestimmung, wonach die Stadt Graz dabei höchstens die Hälfte der vereinbarten Bruttokaution übernimmt, sollte gleich bleiben. Grund für diesen Vorstoß war eine Ausweitung der raschen und unkomplizierten Unterstützung bei der Wohnversorgung. Nach Beendigung des Mietverhältnisses fließt der gewährte Kautionsbeitrag ja wieder an die Stadt Graz zurück und, wie ja bekannt ist, zu einer sehr hohen Quote.

Ich darf an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, daher folgende Frage stellen: **Werden Sie den Vorschlag von Wohnen Graz, den Kautionsbeitrag von derzeit 500,- auf 1000,- Euro zu erhöhen, aufgreifen und umsetzen?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte um die Antwort.

Bürgermeister Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ja, Herr Klubobmann; zurzeit sind die Richtlinien für den Kautionsbeitrag aus dem Jahr 2010, Version 01.03.2015, in Kraft, welche weder im Stadtsenat noch im Gemeinderat beschlossen wurden. Auf Basis der zurzeit gültigen Fassung erhält ein Antragsteller eine Brutto-Monatsmiete bzw. max. € 500.

In Ihrer Anfrage wird fälschlicherweise angeführt, die Bestimmung, nach der die Stadt Graz dabei höchstens die Hälfte der zwischen Vermieter und Mieter vereinbarten Bruttokautions übernimmt, sollte gleich bleiben. Diese Formulierung mit der Anfrage ist fehlerhaft, da die Stadt Graz momentan nur eine Brutto-Monatsmiete bzw. max. € 500 eben als Kautionsbeitrag bezahlt.

Weiters muss festgehalten werden, dass der Vorschlag für eine neue Richtlinie nicht von Wohnen Graz, sondern vom Amt für Wohnungsangelegenheiten eingebracht wird. Richtig ist, dass vom Amt für Wohnungsangelegenheiten ein Entwurf für eine neue Richtlinie für den Kautionsbeitrag vorliegt. Die wesentliche Änderung ist, dass der mögliche Kautionsbeitrag mit der Hälfte der vereinbarten Brutto-Monatsmiete bzw. höchstens € 1.000 festgesetzt wird.

Da die Kautionsleistung meist drei Brutto-Monatsmieten beträgt, würden die meisten Antragsteller nach der neuen Richtlinie mehrheitlich den Höchstbetrag von € 1.000 erhalten.

Von Seiten des Amtes für Wohnungsangelegenheiten wird empfohlen, diese neue Richtlinie dem Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten bzw. im Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Dem werde ich natürlich auch Folge leisten und werde es bei nächster Gelegenheit im Ausschuss vorlegen.

Vielleicht noch als Zusatzinfo, weil das ist auch immer relevant, was bedeutet denn das Ganze?

Durch die Maßnahme könnten einige Gemeindewohnungsberechtigte sich auch am freien Wohnungsmarkt mit leistbarem Wohnraum versorgen. Die dafür notwendige Budgetaufstockung wurde bereits bei den Budgetanträgen für die Jahre 2017/2018 berücksichtigt.

Das heißt, wir haben das erhöht von 60.000 auf 120.000 pro Jahr. Im Jahr 2016 betrug die Gesamtauszahlung € 32.823 für 74 Bezieher, das sind durchschnittlich € 443,55.

Also ich glaube, dass wir mit diesen Maßnahmen, die wir zukünftig treffen werden, hier sehr gut jenen Menschen helfen können, die es auch wirklich brauchen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Kann es da noch eine Zusatzfrage geben?

Gemeinderat Klubobmann Manfred Eber:

Ich danke für die erfreuliche Antwort und wir hoffen, dass wir natürlich das möglichst bald so beschließen können. Dankeschön. *(Applaus)*

C.10) Schulung der Ordnungswache zu „Hate Crimes“

Bürgermeister Mag. Nagl:

Schulung der Ordnungswache zu „Hate Crimes“.

Es fragt Frau Gemeinderätin Manuela Wutte Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Eustacchio.

Gemeinderätin Manuela Wutte, MA:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter! Die im März 2017 vom ETC veröffentlichte Studie zu „Hate Crime in der Steiermark“ weist auf das beunruhigende Ausmaß von rassistisch und fremdenfeindlich motivierten Straftaten in der Steiermark hin.

Da nur ein geringer Prozentsatz der Betroffenen einen derartigen Übergriff meldet, war es bisher sehr schwierig, zu einer einigermaßen zutreffenden Einschätzung der Lage zu kommen.

An der Studie nahmen aber 1.112 Personen teil, wovon 39 % angaben, in den letzten zwölf Monaten zumindest einmal wegen ihrer Hautfarbe, Religion oder Herkunft beschimpft, beleidigt oder bedroht worden zu sein. 9 % gaben sogar an, in den letzten zwölf Monaten zumindest einmal Opfer eines körperlichen Übergriffs aufgrund von Hautfarbe, Religion oder Herkunft geworden zu sein.

Unter der Berücksichtigung von Mehrfachnennungen ergibt das 2.500 bis 3.500 verbale Vorfälle und 400 bis 600 körperliche Übergriffe in der Steiermark.

Als eine wichtige politische Empfehlung wird in der Studie des ETC die Schulung der Grazer Ordnungswache in Zusammenarbeit mit der Initiative „Gemeinsam sicher“ angeführt. Es ist kein Geheimnis, ich stehe der Ordnungswache in der derzeitigen Form und mit dem derzeitigen Auftrag grundsätzlich eher kritisch gegenüber, bin aber der Meinung, dass gerade im Fall der Hate Crimes die Ordnungswache durchaus zur Entspannung der Lage beitragen könnte. Voraussetzung dafür scheint mir aber eine umfassende Schulung zum Thema „Hate Crimes“, zu Reaktionsmöglichkeiten im Fall von beobachteten Übergriffen sowie zu Zivilcourage im Allgemeinen zu sein.

Daher richte ich folgende Frage an Sie: **Welche Maßnahmen planen Sie, um die Ordnungswache für das Thema „Hate Crimes“, also rassistisch und fremdenfeindlich motivierte Straftaten, zu sensibilisieren?** (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich bitte den Herrn Bürgermeister-Stellvertreter um die Antwort.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ja, Frau Gemeinderätin, es ist ja erstaunlich, dass also die Grünen einmal einen Sinn in der Ordnungswache sehen, das freut mich natürlich im Besonderen. Konkret zur Antwort. Die von Ihnen angesprochenen Maßnahmen waren schon bisher in Form von Schulungen fester Bestandteil der Ausbildung der Ordnungswächter.

Festzuhalten ist auch, dass seitens der Ordnungswache sämtliche Überschreitungen von Normen, die im Vollzugsbereich der Ordnungswache liegen, geahndet werden. Das gilt auch für ein etwaiges Einwirken auf Personen, die zwar keine Gesetzesverletzung begehen, deren Verhalten aber geeignet ist, die öffentliche Ordnung zu stören.

Es ist daher nicht erforderlich, zusätzliche Schulungsmaßnahmen zu setzen, wobei aber die bisherigen Schulungsinhalte auch künftig Bestandteil der Ausbildung sein werden. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Manuela Wutte, MA:

Ja, bitte. Also meine Zusatzfrage würde in dem Fall lauten: Können Sie das ein bisschen konkreter ausführen, wie eben die derzeitige Schulung zu dem Thema aussieht, also was da jetzt genau das Wissen ist, das der Ordnungswache vermittelt wird im Hinblick auf Hate-Crimes?

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bürgermeister-Stellvertreter.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Kann ich Ihnen gerne zukommen lassen. Das ist eine sehr komplexe Ausbildung, die vor allem auch die Caritas mitgeleitet hat und hier die Damen und Herren der Ordnungswache auch eben gerade in diesem Hinblick geschult werden, aber Sie können das sicherlich gerne im Detail haben. Lassen wir Ihnen gerne zukommen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Da die nächste Frage an mich gestellt wird, darf ich den Herrn Bürgermeister-Stellvertreter bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz.

C.11) Präsentationskosten der „Agenda 2022“

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und darf Frau Gemeinderätin Heinrichs herausbitten, um die Frage an den Bürgermeister zu stellen.

Gemeinderätin Heinrichs:

Dankesehr. Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Als ein Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahlen 2017 wurde das Regierungsprogramm „Agenda 2022“ von Ihnen und von Herrn Stadtrat Eustacchio in einer der Hallen der Grazer Messe präsentiert. Entgegen den bisherigen Gepflogenheiten wurde für die Präsentation der neuen Koalitionsregierung ein sehr großes Lokal angemietet und es wurde eine besonders repräsentative Form der Präsentation gewählt, was auch medial entsprechend kommentiert wurde.

Nicht zuletzt im Magazin „Wirtschaftsnachrichten Süd“, Ausgabe 5, wurde besagter erster gemeinsamer Auftritt in seiner, ich zitiere, „Inszenierung, die auch sonst nichts zu wünschen übrig ließ“, nochmals aufgegriffen und daher darf auch ich hiermit an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die offizielle Frage stellen: **Auf welchem Betrag belaufen sich die Gesamtkosten für die Präsentation der „Agenda 2022“ (Höhe der Hallenmiete, Kosten für die externe Agentur, weitere zusätzliche Kosten) für die Stadt Graz?**

Bitte. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte um die Beantwortung.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja vielen Dank, Frau Gemeinderätin. Also ich glaube, es hat nicht nur mich, sondern auch die Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und FPÖ, gefreut, dass wir einen sehr ordentlichen und sehr großen Auftritt gleich zu Beginn dieser Regierungsperiode zustande gebracht haben. Der Saal war notwendig, auch dieser große Saal war voll, weil es ein sehr, sehr großes Medieninteresse gab. Aber auch Ihnen möchte ich als Mitglied der kommunistischen Partei Österreichs vielleicht eine wichtige Zahl nicht vorenthalten.

Durch das Nichtzustandekommen eines letztjährigen Budgets haben wir vorgezogene Kosten für einen Wahlkampf gehabt, die sich laut letzten Abrechnungen, ein paar Details fehlen noch, auf gleich € 550.000 zusammensummiert haben. Auf Ihre konkrete Frage eingehend, haben wir uns ein stadteigenes Unternehmen ausgesucht, nämlich die Messe. Wir haben dort wunderbare Räume und das, was wir der Messe dort bezahlen, geht, wenn ich so sagen darf, von einer Kasse der Stadt in die andere Kasse der Stadt. Wir haben natürlich ordnungsgemäß abgerechnet, aber da fallen für den Steuerzahler, wenn ich so sagen darf, keine Kosten letzten Endes an.

Das Regierungsprogramm wurde von uns erarbeitet, aber selbstverständlich gab es ein großes Interesse aller Medien, aller Gemeinderäte, auch vieler Bürgerinnen und Bürgern, dass das, was wir hier auch zustande gebracht haben, dass das gedruckt wird, dass das im Internet vorbereitet wird, dass es Roll-Ups gibt usw. Und die Gesamtkosten haben sich netto belaufen auf € 7.730, wobei ich Ihnen auch sagen muss, da sind ja Kosten entstanden für Roll-Ups und andere Dinge, die wir jetzt auch in regelmäßigen Abständen wiederverwenden werden, weil wir in den nächsten fünf Jahren immer wieder diese Agenda 22 auch mit diesen Sujets, mit diesen Materialien auch wieder präsentieren werden und damit auch die Arbeit, die wir leisten.

Wir haben das also auch noch vor dem Sommer vor. Sie wissen, wir haben diese berühmten hundert Tage, wo auch die Medienwelt immer ein Interesse daran hat, was weitergegangen ist bei einer neuen Regierung. Da sind sie dann schon wieder in der Lage, sich auch diese Utensilien noch einmal anzuschauen. Also heruntergebrochen auf 5 Jahre, würde ich einmal sagen, sind das wahrscheinlich € 1.000, die tatsächlich angefallen sind. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke, gibt es eine Zusatzfrage?

Gemeinderätin Heinrichs:

Danke vielmals für die Beantwortung. Viel oder wenig? Danke, Sie haben es gut ausgeführt. Meine Zusatzfrage hätte gelautet: Gut qualifiziertes Personal und das Mediacenter als Infrastruktur hätten ausgereicht, Ihrer Meinung nach wahrscheinlich nicht? Und nur eine kurze Bemerkung, weil Sie auf die vorgezogenen Wahlen und die Kosten mich angesprochen haben oder uns angesprochen haben: Diese Wahlen wären ein halbes Jahr später nicht kostenlos über die Bühne gegangen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Das wären sie nicht, aber es waren immerhin € 550.000, die wir ein Jahr früher auszubezahlen hatten und auch da läuft, wenn ich so sagen darf, durchaus auch die Zinsuhr. Ich wollte es Ihnen nur zum Hochrechnen auch mitgeben und Ihnen im Vergleich dazu, weil Ihnen das ja so wichtig war, wie teuer war das, auch sagen, es war eine sehr sparsame Pressekonferenz, weil wir, wie gesagt, alle Inhalte ja selbst auch erarbeitet haben und es war dann nur notwendig auch mittels einer Agentur, das auch vorbereiten zu lassen.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke für die Beantwortung. Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

Vorsitzwechsel - Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz.

C.12) Inklusion in Pflichtschulen mit gut ausgebildetem Pflegepersonal

Bürgermeister Mag. Nagl:

Es geht sich noch eine Frage aus. Heute kommen wir sogar sehr weit, jawohl. Die Frage 11 haben wir ja schon vorher mitbeantwortet. Damit kommen wir zur heutigen letzten Frage. Herr Gemeinderat Kurt Luttenberger fragt Herrn Stadtrat Hohensinner betreffend Inklusion in Pflichtschulen mit gut ausgebildetem Pflegepersonal.

Gemeinderat Kurt Luttenberger:

Ja, sehr geehrte Damen und Herren! Werter Herr Stadtrat Hohensinner, lieber Kurt! Meine letzte Frage, wie schon erwähnt, handelt von Inklusionsbedarf und Inklusionsmöglichkeiten an Pflichtschulen in Graz. Es steht ja in den letzten Tagen sehr viel in den Medien und ich habe mir kurz überlegt, ob ich überhaupt die Frage stellen soll oder nicht. Aber erlauben Sie mir eine launige Bemerkung: Nachdem ich ja auch in den Medien gelesen habe und zur Kenntnis nehmen muss, dass künftig die dringlichen Anträge versenkt werden, habe ich ein bisschen Unruhe, ob nicht eine Lücke gefunden wird, ob nicht auch bei der Fragestunde irgendwo gekürzt wird, deswegen mein Bedürfnis, diese Frage doch zu stellen, ja.

Dass Inklusion wichtig ist, dass Inklusion wichtig ist, also da herrscht, glaube ich, einhellige Meinung oder mehrheitlich einhellige Meinung im Grazer Gemeinderat und dass Inklusion, also das heißt, die Betreuung konkret von Kindern mit Förderbedarf in Grazer Pflichtschulen, etwas kostet, auch da herrscht Meinungsmehrheit, Meinungseinheit. Das Problem ist, dass halt alles etwas kostet. Und wie Sie den Medien, vor allem der Kleinen Zeitung entnommen haben, war die erste Ausschreibung kompliziert, ich nenne es einmal so, und musste zurückgezogen werden, weil offenbar das Land Steiermark eben nur 60 % refinanziert und die Stadt Graz offenbar derzeit keine Möglichkeiten sieht, den Rest zu finanzieren.

Wobei wir schon einer Meinung sind, oder ich hoffe, dass wir einer Meinung sind, dass die Betreuung von förderwürdigen Kindern mindestens genauso einer guten Ausbildung bei den Inklusoren und Inklusorinnen bedarf wie bei vielen anderen sozialen Berufen. Und du, lieber Kurt, kommst ja auch aus dem Fach, also du weißt sicher, was ich meine.

Und ich sage auch, der letzte Artikel, ich glaube, der war gestern in der Kleinen Zeitung, ist ein Sittenbild, wie es halt im Land Steiermark zugeht, obwohl das Ding Zukunftspartnerschaft heißt, also die eine Landesrätin sagt, ich bin nicht zuständig, nein, die andere sagt, ich bin schon gar nicht zuständig. Also, lieber Kurt, da wünsche ich dir jetzt schon viel Erfolg und viel Nervenkraft, um hier für die Stadt Graz das Beste herauszuverhandeln. Und ich wiederhole meine Frage sozusagen mit dieser Bitte, dass du eben hier auch die Möglichkeit hast, im hohen Gemeinderat deine Meinung zu sagen und dass wir nicht alles aus der Zeitung lesen. Die Frage lautet: **Wie werden Ausschreibungen für Pflegepersonal in Pflichtschulen der Stadt Graz (Stichwort: Inklusion) aus Ihrem Ressort künftig für Personal mit spezieller Ausbildung abgefasst und an die zuständigen Stellen weitergereicht?**

Danke einstweilen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Stadtrat Hohensinner.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Lieber Kurt! Danke für deine Frage. Sie gibt mir wirklich die Möglichkeit, hier ein bisschen auszuholen. Du hast schon angesprochen. Ich bin selbst Behindertenpädagoge, deshalb weißt du, dass mir eine qualitätsvolle Begleitung unserer Kinder in unseren Schulen ein wichtiges Anliegen ist. Aber dass sich die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ein bisschen was vorstellen können darunter. Es gibt zwei Unterstützungssysteme in den Pflichtschulen.

Ein Unterstützungssystem ist nach dem Pflichtschülerhaltungsgesetz bereitgestellt. Das ist nämlich der pflegerische Hilfsdienst. Und das andere System ist nach dem BHG, nach dem Behindertenhilfegesetz, bereitgestellt, das ist die Schulassistenten. Du sprichst jetzt den pflegerischen Hilfsdienst an, den wir jetzt ausschreiben mussten, weil der Vertrag mit dem jetzigen Verein ausgelaufen ist.

Ich habe mir das angeschaut bei der Ausschreibung und es gibt eine Oberbehörde, die uns auferlegt, wie so eine Ausschreibung auszuschauen hat und wir haben nichts anderes getan, als die Vorgabe der Oberbehörde zu übernehmen.

Ich habe das als Behindertenpädagoge auch mit dem Kapperl durchgelesen und war auch einigermaßen verwundert. Das hat mich veranlasst, auch beim Land rückzufragen, ob das der Ernst des Landes ist, dass man das jetzt von der Qualität zurückfährt. Das Land hat darauf bestanden und deshalb ist uns nichts anderes übriggeblieben und auch der Abteilung, diese Leistung, die Ausschreibung ganz genau so zu formulieren.

Ich lese Ihnen/euch den Erlass genau bei dieser Passage vor, und zwar: „Pflegerisch helfende Tätigkeiten sind einfache Tätigkeiten, die keine spezielle Ausbildung erfordern. Insbesondere sind therapeutische Maßnahmen oder medizinische Leistungen oder Leistungen, die eine Ausbildung im Sinne des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes voraussetzen, nicht von § 35a Stmk. Pflichtschulerhaltungsgesetz erfasst.“

Jetzt haben wir das einmal so ausschreiben müssen. Was habe ich gemacht, lieber Kurt? Ich habe jetzt einmal die Ausschreibung angehalten, weil mir das ein Anliegen ist, dass die Kinder bestmöglich begleitet werden und habe, du hast es auch schon richtig angesprochen, beide zuständigen Landesrätinnen angerufen und habe ersucht, dass wir uns nicht an einen Runden Tisch, er soll eckig sein, da kommt vielleicht mehr raus, da haben wir schon im Vorgespräch geredet. Bei Runden Tischen kommt oft nicht so viel raus, aber dass wir uns zusammensetzen und dass wir für die Kinder in unseren Schulen die beste Lösung zusammenbringen.

Nur auf deine Frage, ob es sein kann, dass die Ausschreibung wieder in diese Richtung ausgeschrieben wird? Wenn die Oberbehörde, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sagt, es muss so ausgeschrieben werden, dann werden wir als Bezirk, als Stadt Graz keine andere Möglichkeit haben, als die Leistung so auszuschreiben und dann würde ich dich ersuchen, dass du einfach deine Fraktion aufforderst im Landtag, die zuständigen Landesrätinnen, das ist einmal für Bildung Ursula Lackner und zum anderen für den Sozialbereich Doris Kampus, zu ersuchen, da eine Einigung zusammenzubringen. Aber insgesamt gehe ich noch einen Schritt weiter.

Es ist eigentlich ganz arg in unseren Klassen. Es sind so viele Unterstützungssysteme in den Klassen, dass sich keiner mehr auskennt. Ich habe gestern mit einer Mitarbeiterin gesprochen. Die hat gesagt, es sind jetzt für ein und dasselbe Kind drei Personen in der Klasse, eine Person kommt nur, um mit dem Kind aufs WC zu gehen, die Betreuungsperson muss dann ungefähr abschätzen, wann könnte das Kind aufs Klo müssen, also das ist absurd, wie die Inklusion hier ausgelegt wird. Ich hätte gerne auch ausverhandelt mit dem Land Steiermark, dass wir Pilotschulen auswählen, wo wir Personal, mit dem Land vereinbart, abstellen und dieses Personal ist dann für diese Schulen zuständig. Und der Kostenaufteilungsschlüssel wäre 60 Land, 40 Stadt.

Und ich bin überzeugt, mit dieser neuen Variante kommt es uns sogar billiger oder es bleibt beim gleichen Geld, aber wir können die Qualität so sicherstellen, wie du dir das vorstellst und wie ich mir das vorstellen würde. Und ich werde mich einsetzen, schauen wir, was rauskommt, sonst müsst ihr im Landtag die zuständigen Landesrätinnen fragen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzfrage?

Gemeinderat Kurt Luttenberger:

Eine Zusatzanmerkung.

Also ich danke für die sehr ausführliche Beantwortung. Ich glaube, wir alle verstehen jetzt die Komplexität oder verstehen besser die Komplexität dieser Angelegenheit und selbstverständlich werde ich als KPÖ-Mandatar in meinem Landtagsklub da drängen, dass hier für die betroffenen Kinder, aber auch für die betroffenen Eltern es zu einer positiven Lösung kommt. Denn es kann ja nicht sein, dass die Vereine oder der Verein, der das betreut, dann de facto Leute hinauswerfen muss, weil die Prozentzahl sinkt, also das wäre eine schlechte Variante. Aber wir werden das gemeinsam beobachten.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Du kommst gleich dran. Jetzt bitte.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Also, das muss ich schon sagen, bei einer Ausschreibung kann man keinem Verein vorher zusichern und auch den MitarbeiterInnen nicht zusichern, dass dieser Verein dann den Zuschlag bekommt. Das möchte ich schon klar sagen. *(Applaus)*